

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Fax für Nachfragen: 20 011.

Bezugs-Verhältnisse: In Dresden u. Umgegend bei postm. Zustellung (an Sonn- u. Feiertagen nur einmal) 4,20 Mk., monatl. 1,40 Mk., bei einmal. Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 4,60 Mk., monatl. 1,60 Mk.
Ausgaben-Verhältnisse: Die einseitige Zelle (etwa 8 Zeilen) zu 10 Pf., Vorkaufspreise u. Kopieren in Nummern nach Sonn- u. Feiertagen 10 Pf., 50%, Zerstreuungsgeld. — Zusat. Nachr. geg. Voranmeldung. — Belegl. 10 Pf.

Verwaltung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38-40.
Druck u. Verlag von Neudach & Reichardt in Dresden.
Postfach-Ronto 19 395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Unrichtige Meldungen werden nicht entnommen.

Reichsfinanzler Graf Hertling über die politische Lage.

Erfolgreiche deutsche Unternehmungen nordöstlich von Dpern. — Steigerte Artillerietätigkeit im Kanalabschnitt. — Wieder 20 000 Tonnen im Mittelmeer versenkt. — Die neue deutsche Front. — Die sozialdemokratischen Bedingungen.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(Mittl.) Großes Hauptquartier, 24. Sept.

Westlicher Kriegsschauplatz

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Nordwestlich von Dixmude und nordöstlich von Dpern wurden bei erfolgreichen Unternehmungen 70 Gefangene, nördlich von Moerua wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Die Artillerietätigkeit war im Kanalabschnitt südlich von Arleux gesteigert.

Deeresgruppe Generaloberst v. Boehm

An britischen Gegenangriffen nahmen wir südlich von Villers-Budairis und östlich von Epehu Teile der in den letzten Kämpfen in Feindeshand verbliebenen Grabenstücke wieder und machten hierbei Gefangene, Gegenstücke des Feindes wurden abgewiesen. Zwischen Omisson-Bach und der Somme lebte der Artilleriekampf am Abend auf.

Deeresgruppe Generaloberst v. Boehm

Bei den anderen Deeresgruppen keine besonderen Kampfhandlungen. Verbesserte Erkundungstätigkeit in der Champagne.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.



ie dich gebor,
Die dich erzog zum Mann,
Die Heimat pocht
Um Hilfe bei dir an.
Wer eilt nicht schnell
Mit voller Hand herfür,
Sind' seine Mutter
Bittend vor der Tür?

Amtlicher deutscher Admiralsberichts.

Berlin, 24. September. (Mittl.) Auf dem Mittelmeer-Kriegsschauplatz versenken unsere Unterseeboote 20 000 Br.-Keg.-T. Schiffsrumpf, darunter einen französischen Truppentransportdampfer, nahe der französischen Küste.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Weitere feindliche Schiffverluste.

Rotterdam, 24. Sept. „Maasbode“ meldet, daß der brasilianische Dampfer „Gamanu“, 4570 Br.-Keg.-T., der früher der Hamburg-Amerika-Linie gehörte und „Steiermark“ hieß, gestrandet und vollständig verloren ist. Der englische Dampfer „Gordon“ wurde auf See brennend verlassen. (M. T. B.)

Die neue deutsche Front.

(Eigene Drahtmeldung.)

Kf. Genf, 24. September. Der „Tempo“ meldet von der Front: Die neue deutsche Front hält bisher allen Angriffen stand. Ob die Vertiefung der Front eine Fortsetzung der bisherigen Pläne für dieses Jahr zuläßt, wird in militärischen Kreisen als nicht unbedingt sicher angesehen. Das würde eine Verletzung der letzten Entscheidung um den Boden Frankreichs auf nächstes Frühjahr bedeuten.

Neue Kämpfe?

(Eigene Drahtmeldung.)

Kf. Genf, 24. September. „Echo de Paris“ meldet: General Foch hat Mitglieder der parlamentarischen Kommission ins Hauptquartier geladen. Die Einladung des Oberkommandierenden kann als Anzeichen für neue Kämpfe, aber auch als Versuch einer Verschönerung parlamentarischer Art über den österreichischen Friedensschritt aufgefaßt werden.

Neue britische Gegebenheiten.

Berlin, 24. September. In England hat der britische Oberreichsanwalt Sir Frederick Smith und der Australier Hughes je eine ihrer bekannten ebenso schwindeiligen wie lächerlichen antideutschen Behauptungen, deren Wiederholung sich nicht lohnt.

England und die österreichische Note.

(Eigene Drahtmeldung.)

Basel, 24. September. „Daily News“ meldet: Lord George empfing vor der Beantwortung der österreichischen Note die früheren Minister Kautsky und Bren zu einer Aussprache. Man rechnet mit einer neuen Verzögerung in der Beantwortung der Note Österreich-Ungarns durch das englische Kabinett.

Vorigen Antwort.

(Eigene Drahtmeldung.)

Basel, 24. September. Die „Morning Post“ meldet aus Lissabon: Die Antwort der portugiesischen Regierung auf die österreichische Friedensnote soll den Wunsch nach Frieden ausdrücken, jedoch nur in Übereinstimmung mit den Alliierten und auf der Grundlage des Rechtes und der Freiheit der Völker.

Die sozialdemokratischen Bedingungen.

Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß der deutschen Sozialdemokratie haben am Montag in gemeinsamer Sitzung, aber getrennter Abstimmung mit 55 gegen 10 und 25 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Eintritt von Parteigenossen in eine etwa neu zu bildende Regierung unter folgenden Bedingungen zu billigen:

1. Unbedingtes Bekenntnis zur Entschliessung des Reichstags vom 19. Juli 1917 mit der Verfassungserklärung, einem Bülloerbande beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Verbindung aller Streitkräfte und der allgemeinen Abklärung beruht.
2. Vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgiens, Verzicht auf den Entschliessungen (1), ebenso Wiederherstellung Serbiens, Montenegro.
3. Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß sein. Sofortige Einführung der Militärverwaltung in allen besetzten Gebieten. Bei Friedensschluß sind die besetzten Länder freizugeben. Demokratische Volksvertretungen sind überall zu gründen.
4. Autonomie Estland, Volbringen, für alle deutschen Bundesstaaten allgemeinen und ähnliches, gebietet, unmittelbares Wahlrecht. Der preussische Landtag ist einzusetzen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhauses hervorgeht.
5. Einheitlichkeit der Reichsleitung, Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, Verstaatlichung von Regierungsdirektoren aus der parlamentarischen Mehrheit oder aus Kreisen, die der Vollzieher der Parteimehrheit entsprechen, Aufhebung des Weisungsrechts der Reichsverfassung. Die politischen Verantwortlichkeiten der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichsfinanzler mitzuteilen.
6. Sofortige Aufhebung aller Beschränkungen, durch die die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden. Die Zensur darf nur auf rein militärischen Fragen angewendet werden. Einsetzung einer politischen Kontrollkommission für alle Maßnahmen, die auf Grund des Besatzungsstatus verhängt werden.

Ergänzt und erläutert werden diese Bedingungen, nach deren Erfüllung die Sozialdemokratie bereit wäre, das große Opfer einer Teilnahme an der Regierung zu bringen, durch Beschlüsse verschiedener sozialdemokratischer Organisationen. So hat beispielsweise der Sozialdemokratische Verein in München eine Entschliessung angenommen, in der die völlige Unterordnung der Militärgewalt unter die dem Volke verantwortliche Zivilregierung verlangt wird, was praktisch darauf hinausläuft, Hindenburg zum jungen Mann Scheidemanns und Eberls zu machen. „In die Verfassung und Verwaltung wurzelt die Regierungsergreifung.“ „Erst wenn, so heißt es anderswo, der Sozialdemokratie die Mitarbeit an der Regierung ermöglicht. Es handelt sich demnach — und das geht ja auch aus den oben mitgeteilten parteiinternen Bedingungen der Sozialdemokratie mit hinreichender Deutlichkeit hervor — ganz einfach darum, dem deutschen Volke die Diktatur der Sozialdemokratie aufzuschieben.“ Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß man in den letzten Tagen die Taktik geändert hat und nicht mehr in erster Linie gegen den Grafen Hertling Sturm läuft. Dafür ist, wie aus dem Morgenblatt mitgeteilten Meldung der „Germania“ hervorgeht, das Zentrum nicht zu haben. Die Behauptung, daß mit dem Beschluß der Zentrumsfraktion, zum Grafen Hertling stehen zu wollen, die politische Lage „geklärt“ sei, können wir aber nicht für berechtigt anerkennen, da die „Germania“ auf der anderen Seite erklärt, daß Zentrum hätte gegen einen Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung nichts einzuwenden. Dicht das, daß das Zentrum oder eine Mehrheit der Partei mit den sozialdemokratischen Bedingungen einverstanden ist? Das wäre keine Klärung, sondern eine unmittelbare krisenhafte Zustimmung der Lage, weil es, wie gesagt, die Proklamierung der sozialdemokratischen Diktatur bedeutete. Wird doch in dem sozialdemokratischen Programm ausdrücklich gefordert, daß die politischen Rundgebungen der Krone und der Militärbehörden vor ihrer Veröffentlichung dem Reichsfinanzler vorzuliegen seien — dem Kanzler, der von den Rädern der Scheidemann, Gaußmann und Erberger tanzen soll! Dieses Triumvirat hätte dann in Wahrheit die Herrschaft in den Händen. Leicht abzusehen ist, wohin sie führen würde. Nicht nur die „Wiederherstellung“, sondern auch eine Verständigung über die Entscheidungsgewalt „Kautsky“ wird ausdrücklich verlangt, während beachtenderweise auch nicht mit einer Bitte die Frage gelöst wird, ob die deutschen Privatleute entschädigt werden sollen für die Einbußen, die sie durch den völkerrechtsmäßigen englischen Raubzug gegen den deutschen Handel in der ganzen Welt erlitten haben. Ebensonst ist von der Erringung der Freiheit der Meere, von der Wiedergewinnung der deutschen Kolonien die Rede — mit einem Worte: das Programm der Sozialdemokratie unterscheidet sich von dem des britischen Außenministers nicht mehr, seine Verwirklichung bedeutete für das deutsche Volk den englischen Hungerfrieden.

Wie gering in gewissen Kreisen die Widerstandsfähigkeit gegen die diktatorischen Gelüste der Sozialdemokratie und ihrer international gestützten bürgerlichen Anhänger geworden ist, geht daraus hervor, daß ein Mann wie die „München. N. N.“ in einer offenbar offiziellen Meldung aus Berlin die Annahme vertreten zu können glaubt, daß insbesondere das bisher größte Hindernis für die Durchführung der parlamentarischen Regierungsweise, nämlich der Artikel 9 der Reichsverfassung, noch in diesem Herbst beseitigt werden dürfte. — Wir können demgegenüber nur wiederholt darauf aufmerksam machen, daß mit der Befreiung des Artikels 9 der Reichsverfassung und der Durchführung des reinen Parlamentarismus der von der Sozialdemokratie (und den Herren Wilson und Kautsky) ererbte, „wurzeltief greifende Systemwechsel“ vollzogen und die Diktatur der Sozialdemokratie ein für allemal ratifiziert wäre. Es liegt auf der Hand, daß damit auch den Bundesstaaten und ihren Tannhäusern das politische Todesurteil gesprochen und diese lebenskräftigen, kulturellen Zentren, aus denen auch das Reich immer neue Kraft schöpft, einer hoffnungslosen Vernichtung preisgegeben wären. Der Deutsche wäre wieder einmal des Deutschen größter Feind geworden.

Das „schwere Opfer“ der Sozialdemokratie.

Der „Vorwärts“ bemerkt zu den sozialdemokratischen Bedingungen u. a.: „Es handelt sich wirklich um ein Minimumprogramm. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß kein Teilnehmer der Sitzung seine Forderungen etwa als zu weit gehend kritisiert, manche aber es als nicht weitgehend genug verwarf. Auch wenn die bürgerlichen Parteien auf dieses Programm eingehen, wird der Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung ein großes Risiko und eine harte Belastungsprobe für die Partei bleiben, ein schweres Opfer, das sie der Allgemeinheit darbringen!“ — Das Blatt betont weiter, daß die bürgerlichen Mittelparteien sich von der rechten nicht trennen lassen sollten, daß ihre „Unterwerfung“ verlangt werde. Ein „gedächtnisliches Zusammenarbeiten“ sei nur möglich, wenn sich die „freien Heberzeugungen“ beider Seiten vereinigen.

Damit paßt freilich schlecht zusammen, was Scheidemann in der Aussprache gesagt hat. Darüber berichtet der „Vorwärts“: „Scheidemann gab vertraulich Auskunft über die Verhandlungen der letzten Zeit und sprach sich u. a. dafür aus, daß die Nationalliberalen nur dann in die Reichstagsmehrheit einzulassen seien, wenn sie sich reiflos auf den Boden stellen, den die Mehrheit der Friedensresolution für den richtigen hält.“ Also doch Unterwerfung!

Im übrigen sind von den Ausführungen Scheidemanns noch folgende Sätze, die die Forderung einer reinen und unverhüllten Diktatur der Sozialdemokratie bezeugen, bemerkenswert:

„Wir fordern prinzipiell vollständige Demokratie. Eine von dem demokratisch gewählten Reichstag bestellte Regierung würde eine Vollregierung sein, der wir grundsätzlich zustimmen müßten. Eine wirkliche parlamentarische Regierung kann sich natürlich nicht darauf beschränken, daß nur Staatssekretäre und Ministerpräsidenten mit Abgeordneten beauftragt werden, sondern es müssen auch in andere höhere Verwaltungsglieder Abgeordnete kommen, sonst ist es unmöglich, die diese Wauer der Bureaucratie zu durchbrechen, und nicht nur im Reich, sondern auch für Preußen mit seiner Autonomieverwaltung ist das unumgänglich wichtig. (Zusammenfassung.) Die Entscheidung des heutigen Tages wird von unabsehbarer Tragweite nicht nur für die Partei, sondern für das ganze Reich sein. Heben Sie und erklären Sie diese Frage gründlich.“

Die politische Aussprache im Hauptauschuß.

Berlin, 24. Sept. Zur heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages sind erschienen Reichsfinanzler Graf v. Hertling, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Dünne, sowie eine Reihe anderer Staatssekretäre, Minister, Bundesratsbevollmächtigte. Außer den Mitgliedern des Hauptauschusses wohnten zahlreiche Abgeordnete den Verhandlungen als Zuhörer bei.

Vorsitzender Abg. Ebert (Zsp.) eröffnet die Sitzung und führt aus: Entgegen den Annahmen, die Verhandlungen erst Ende Oktober wieder aufnehmen, haben der Friedensschritt und andere Fragen die Fortsetzung des Hauptauschusses zu einem früheren Zeitpunkt ermöglicht. Nach den Vereinbarungen mit Vertretern der Regierung soll zunächst der Reichsfinanzler das Wort erhalten, sodann der Kriegsminister über die militärische Lage berichten, an dritter Stelle der Staatssekretär des Auswärtigen und endlich der Reichsfinanzler das Wort nehmen. An die Darlegung der Regierung soll sich eine allgemeine Aussprache über die politische und militärische Lage anschließen. Ob diese heute schon oder erst morgen beginnen wird, läßt sich noch nicht ersehen.

Reichsfinanzler Graf Hertling

Das Wort und bespricht die allgemeine politische Lage, die Verhältnisse der Heimat, die inneren Reformen, das preussische Wahlrecht und die Vorbereitung künftiger Kriege. Im einzelnen führte er ungefähr aus: